

# Streit um CO<sub>2</sub>-Heizkostenaufschlag: Sollen Vermieter doch zahlen?

**Energie** | Unions-Kanzlerkandidat Laschet sorgt mit Aussagen zu Vermietern für Aufsehen – doch SPD traut ihm nicht über den Weg

■ Von Andreas Hoenig

**Berlin.** Bleiben Mieter doch nicht auf den CO<sub>2</sub>-Zusatzkosten beim Heizen sitzen? Bisher haben Widerstände in der Unions-Bundestagsfraktion eine Beteiligung der Vermieter verhindert.

Nun aber tritt Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet auf den Plan: »Die jetzige Lösung, dass der Vermieter quasi gar nichts leistet, wird keinen Bestand haben«, sagte Laschet im ARD-»Sommerinterview«. Ob aber nun vor der Wahl noch etwas passiert, scheint fraglich.

Darum geht es: Seit Jahresbeginn verteuert ein CO<sub>2</sub>-Preis im Verkehrs- und Wärmebereich fossile Energieträger wie Öl und Gas. Das be-

deutet für die Wohnung: Das Heizen etwa mit einer alten Ölheizung wird teurer. Der CO<sub>2</sub>-Preis liegt derzeit bei 25 Euro pro Tonne und steigt in den kommenden Jahren. Wie das Portal Check24 errechnet hat, sorgt der CO<sub>2</sub>-Preis von 25 Euro bei einer Familie mit Mietwohnung und einem Verbrauch von 1000 Litern Heizöl pro Jahr für Zusatzkosten von knapp 79 Euro. Eine Familie mit Haus muss demnach etwa das Doppelte draufzahlen.

Nach Berechnungen des Portals Verivox kostet das Heizen mit Gas Mieter bei einem CO<sub>2</sub> Preis von 25 Euro und einem Verbrauch von 10000 Kilowattstunden rund 54 Euro zusätzlich. Vor allem Mieter in unsanierten Altbau-

ten würden in den kommenden Jahren spürbar mehr zahlen müssen.

Vor allem auf Drängen der SPD hatte sich die schwarzrote Bundesregierung im Mai auf einen Kompromiss geeinigt: Künftig sollten Vermieter die Hälfte der Kosten für den CO<sub>2</sub>-Heizkostenaufschlag tragen. Dann allerdings kam das Veto aus der Unionsfraktion, die das nicht mitmachen wollte.

Unions-Fraktionsvize Thorsten Frei (CDU, Donau-eschingen) sagte am Montag, Laschet habe recht, dass es eine soziale Komponente mitzudenken gelte. »Eine 50-50-Teilung der CO<sub>2</sub>-Kosten zwischen Mieter und Vermieter wäre jedoch keine gute Lösung gewesen.« Denn es hätte

zum Beispiel überhaupt keine Rolle gespielt, welchen Verbrauch der Mieter selbst verursache und ob der Vermieter



Sorgt mit seinen Plänen für Aufruhr: CDU-Chef Armin Laschet. Foto: Gateau

schon energetische Verbesserungen vorgenommen habe. »Deshalb setzen wir primär auf Anreize für Vermieter, einerseits mit Förderprogrammen und andererseits mit verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten.«

Weiter sagte Frei: »Wenn wir dann sehen, dass es weitere Steuerungen braucht, müssen wir Lösungen finden, die die Interessen von Mietern und Vermietern in einen schonenden Ausgleich bringen.« Er persönlich könnte sich zum Beispiel vorstellen, dass – falls erforderlich –, der Staat für eine begrenzte Zeit die Modernisierungsumlage anteilig mittrage, um Mieter zu entlasten.

Die SPD reagierte skeptisch. Fraktionsvize Sören

Barto sagte: »Ich traue Armin Laschet nicht über den Weg. Wir hätten die Mehrkosten längst fair aufteilen können. Bis zuletzt haben die Immobilienlobbyisten innerhalb der CDU-Fraktion eine gerechte Aufteilung bekämpft.« Auch die Minister der Union seien für eine 50/50-Aufteilung gewesen. »Da frage ich mich dann doch, wo Armin Laschet die letzten Monate war. Und woher plötzlich dieser Sinneswandel kommt. Für mich ist das nichts anderes als eine Nebelkerze«, erklärte Bartol. »Die reale Politik der Union zeigt: Für Mieterinnen und Mieter hat Armin Laschet nichts übrig, sie sitzen gerade alleine auf den Kosten. Die Verantwortung dafür trägt seine CDU.«